



Öffentliche Konsultation zur Ausgestaltung der Überlassungsentgelte im Rahmen des zukünftigen Förderprogramms „Mobilfunkförderung“

Die DFMG Deutsche Funkturm GmbH beteiligt sich mit folgender Stellungnahme an der öffentlichen Konsultation des Bundesministeriums für Verkehr und Digitalen Infrastruktur (BMVI) zum veröffentlichten Entwurf zur Festlegung eines einheitlichen Überlassungsentgelts im Rahmen des Mobilfunkförderprogramms des Bundes.

Die vom BMVI in Auftrag gegebene Studie des WIK ermittelt die Überlassungsentgelte, die Mobilfunknetzbetreiber im Rahmen des Mobilfunkförderprogramms des Bundes an Standortbetreiber in den ersten sieben Jahren entrichten müssen. Aus Sicht der DFMG ist weder die Methodik noch das Ergebnis der Studie geeignet, um ein angemessenes Überlassungsentgelt zu bestimmen.

- Die in der WIK-Studie ermittelten Kosten sind auf einem zu niedrigen Niveau und spiegeln die Variabilität der Investitionskosten an einzelnen Mobilfunkstandorten nicht adäquat wider (Teil I)
- Für eine Beteiligung der Standortbetreiber an dem Förderprogramm muss gewährleistet sein, dass die Förderquote im Einzelfall flexibel angepasst wird, sodass alle Ausgaben der Standortbetreiber in den ersten sieben Jahren gedeckt sind (Teil II)
- Auch für geförderte Standorte muss auf Dauer ein auf dem Markt erzielt Überlassungsentgelt gelten. Pauschal festgelegte Überlassungsentgelte dürfen sich ausschließlich auf geförderte Standorte im Zweckbindungszeitraum begrenzen (Teil III)
- Die für die geförderten Standorte genutzten Flächen müssen vom Zuwendungsgeber langfristig vertraglich und preislich gesichert werden (Teil VI)

I. Kritikpunkte an der Kostenstudie des WIK

Die beim WIK in Auftrag gegebene Studie kalkuliert die durchschnittlichen Kosten für die Errichtung und den Betrieb eines Mobilfunkstandortes in den ersten sieben Jahren. Diese Ausgaben werden in einen Förderanteil von 90 Prozent und einen durch die Überlassungsentgelte zu finanzierenden Eigenanteil von 10 Prozent aufgeteilt, letztere entsprechend über 7 Jahre der Zweckbindungsfrist verteilt.

Die Investitionskosten, die hierbei für die Errichtung und Anbindung eines Standorts mit Strom und Glasfaser (im Folgenden als Investitionskosten bezeichnet) angenommen werden, unterschätzen die realistisch zu erwartenden Investitionskosten jedoch massiv. Insbesondere die Kosten der Herstellung eines Strom- und Glasfaseranschlusses sind bei Standorten in sehr ländlichen Regionen, wie sie im Rahmen des Förderprogramms benötigt werden, hoch. Die Kosten zur Herstellung eines Stromanschlusses sind entgegen der Annahme in der WIK-Studie vollständig vom Standortbetreiber zu zahlen. Dieser Hauptkostentreiber wird in der WIK-Studie vollkommen vernachlässigt. Auch deshalb ist zu erwarten, dass die

durchschnittlichen Investitionskosten der geförderten Standorte signifikant über den in der WIK-Studie angenommenen Werten liegen.

Abgesehen davon, dass die Investitionskosten für die Förderstandorte insgesamt auf einem deutlich höheren Niveau liegen werden als in der WIK-Studie angenommen, variieren die Errichtungskosten auch deutlich zwischen einzelnen Standorten. Aus diesem Grund ist ein pauschales Überlassungsentgelt nicht geeignet, um einen Eigenanteil von 10 Prozent der gesamten Ausgaben über die ersten sieben Jahre abzudecken.

Die Errichtungskosten eines Mobilfunkmasts hängen von verschiedenen Faktoren ab und sind somit häufig nicht miteinander vergleichbar. Im Einzelfall können die Investitionskosten für einen Maststandorte um mehrere 100.000 Euro variieren. Insgesamt sind fünf Faktoren als maßgebliche Kostentreiber bei Schätzung der Investitionskosten zu berücksichtigen:

1. Die Gründung

Die Gründung stellt den Übergang zwischen Mobilfunkmast und Boden dar und ist für die Standsicherheit eines Mobilfunkmasts entscheidend. Die Ausprägung der Gründung variiert in Abhängigkeit der Beschaffenheit des Bodens und ist daher individuell für jeden Standort zu planen. Je nach den örtlichen Erfordernissen können die Gründungskosten an einzelnen Standorten im fünf bis sechs-stelligen Bereich liegen.

2. Zuwegung/Baustraße

Für die Investitionskosten eines Standortes ist zudem entscheidend, wie gut oder schlecht das Grundstück, auf dem der Mast stehen soll, erreichbar ist. Baumaterialien und Gerätschaften müssen zum Standort transportiert werden können. In der Regel muss hierfür eine Baustraße entweder neu angelegt oder bestehende Wege ertüchtigt werden. Je länger eine neu anzulegende oder eine zu erweiternde Baustraße ist, umso höher sind die entsprechenden Kosten.

3. Strom

Wie oben bereits erläutert, wird ein Stromanschluss entgegen der Annahmen in der WIK-Studie, vollständig auf Rechnung des Standortbetreibers hergestellt. Eine synergetische Verlegung von Glasfaser und Strom ist nur in einigen Fällen möglich. Das örtliche Energieversorgungsunternehmen wird vom Standortbetreiber mit der Herstellung eines Anschlusses beauftragt. In ländlichen Regionen liegen Bestandsnetze der Energieversorgungsunternehmen im Normalfall wesentlich weiter entfernt als bei anderen Standorten (die i.d.R. mehr Haushalte versorgen). Aus diesem Grund ist bei der Versorgung weißer Flecken mit deutlich höheren Erschließungskosten für Strom zu rechnen als bei anderen Mobilfunkstandorten.

4. Auflagen aus der Baugenehmigung

Für Maststandorte im Außenbereich, wie sie zur Versorgung der weißen Flecken erforderlich sein werden, sind in der Regel Baugenehmigungen auf Basis von §35



BauGB erforderlich. Hieraus ergeben sich Ausgleichsmaßnahmen für den Natur- und Umweltschutz, die ein Standortbetreiber realisieren muss. Was für Maßnahmen gefordert werden (und die damit einhergehenden Kosten), hängt unter anderem von dem Gebiet ab, in dem der Standort gebaut wird, sowie von der Höhe des geplanten Masts.

5. Glasfaser

Wie in der WIK-Studie dargelegt, erhöht der Glasfaseranschluss die Baukosten für den Standortbetreiber enorm. Da die förderfähigen weißen Flecken noch zu bestimmen sind, kann die WIK-Studie noch nicht die tatsächlich förderfähigen Gebiete untersucht haben. Entsprechend kann die Kalkulation nur eine grobe Annäherung an die wirklichen Distanzen und damit die realistischen Kosten für die Glasfaseranbindung sein. Es ist wahrscheinlich, dass diese Schätzung vor allem bezüglich der Distanz zum nächsten Glasfasernetz die Realität der geförderten Standorte nicht widerspiegelt. Hier ist also von einer großen Ungenauigkeit auszugehen, die erhebliche Auswirkungen auf die vorgeschlagenen Überlassungsentgelte in den Clustern hat.

Fazit: Die Investitionskosten für den Bau eines Mobilfunkstandortes (inklusive Anbindung) werden in der WIK-Studie deutlich unterschätzt. Zudem unterscheiden sich die Investitionskosten einzelner Standorte stark voneinander – unabhängig von der Länge Glasfaseranbindung. Insbesondere die erheblichen Kosten der Herstellung eines Stromanschlusses vernachlässigt die Studie vollständig. Einnahmen von 2.156 Euro jährlich werden daher nicht ausreichen, um 10 Prozent aller Ausgaben in den ersten sieben Jahren zu decken.

II. Vollständige Förderung der Wirtschaftlichkeitslücke

Gemäß WIK-Studie sollen die Standortbetreiber mit dem vorgeschlagenen Entgelt von 2.156 Euro ihren Eigenanteil von 10 Prozent aller Ausgaben in den ersten sieben Jahren decken, sodass der Standortbetreiber kein „wirtschaftliches Risiko“ trägt. Wie unter I.) dargelegt, werden die Investitionskosten jedoch a.) deutlich höher sein als in der WIK-Studie geschätzt, sie unterscheiden sich b.) standortbezogen stark voneinander und die erwarteten Kosten stehen c.) zum Zeitpunkt des Vorvertrags zwischen Bund und Mobilfunknetzbetreiber noch nicht fest. Vor diesem Hintergrund wird der Eigenanteil von 10 Prozent in der Realität nicht durch das vorgeschlagene Überlassungsentgelt gedeckt.

Es muss aber gewährleistet werden, dass alle Ausgaben der Standortbetreiber in den ersten sieben Jahren der Zweckbindungsfrist zu 100 Prozent gedeckt werden – d.h. dass die Wirtschaftlichkeitslücke immer vollständig gefördert wird. Der Entwurf der Förderrichtlinie sieht bereits vor, dass die Förderquote von 90 auf bis zu 99 Prozent „in begründeten Fällen“ angehoben werden kann. Für die Planungssicherheit der Standortbetreiber müssen klare Regeln definiert werden, die diese „begründeten Fälle“ zur Anhebung der Förderquote festlegen. Ein begründeter Fall für die Erhöhung der Förderquote sollte immer dann vorliegen, wenn eine Kostendeckung in den ersten 7 Jahren auch unter Beachtung der Einnahmen aus den Nutzungsentgelten nicht sichergestellt ist. Die Förderquote muss in diesen Fällen flexibel angehoben werden – ggf. auf bis zu 100 Prozent – sodass alle Ausgaben der Standortbetreiber in

den ersten sieben Jahren gedeckt sind. Nur durch eine entsprechende Regelung wird, wie in der WIK-Studie festgestellt, das wirtschaftliche Risiko für die Standortbetreiber eingeschränkt.

Nur wenn eine flexible Anpassung der Förderquote zur vollständigen Deckung der Wirtschaftlichkeitslücke der Standortbetreiber gewährleistet wird, ist eine Beteiligung an dem Förderprogramm möglich.

Fazit: Die Standortbetreiber brauchen Planungssicherheit bezüglich einer Anpassung der Förderquote. Diese Regelung muss alle Ausgaben der Standortbetreiber für Errichtung und Betrieb in den ersten sieben Jahren berücksichtigen und darf sich nicht – wie in der WIK-Studie angedeutet – auf variierende Kosten der Glasfaseranbindung beschränken.

III. Pauschale Überlassungsentgelte ausschließlich als besondere Ausnahme für geförderte Standorte im Zweckbindungszeitraum

Es gibt bereits einen funktionierenden Markt für die Vermietung von Mobilfunkmasten, der für die Netzbetreiber diskriminierungsfreie Ergebnisse erzeugt. Dieser funktionierende Markt sollte grundsätzlich auch für die Überlassungsentgelte an geförderten Standorten genutzt werden.

Eine vorübergehende Aussetzung des Marktmechanismus wie in der Konsultation vorgeschlagen birgt das Risiko einer Perpetuierung von Regulierung und damit einer dauerhaften Wettbewerbsverzerrung zu Lasten von Standortbetreibern. Es muss daher insbesondere sichergestellt sein, dass die pauschal festgelegten Überlassungsentgelte auf die siebenjährige Zweckbindungsfrist geförderter Standorte begrenzt sind und nach Ablauf der 7-jährigen Zweckbindungsfrist frei verhandelte Entgelte vereinbart werden können.

Ein pauschales Entgelt für die Standortmiete im Zweckbindungszeitraum muss zudem von den Kosten entkoppelt werden, sowie eine vollständige Förderung der Wirtschaftlichkeitslücke erfolgen (s.o. II.). Wie in I.) und II.) dargelegt, ist das in der WIK-Studie ermittelte Überlassungsentgelt zu gering, um 10 Prozent der Ausgaben in den ersten 7 Jahren zu decken. Zudem ist ein pauschaler Preis, der auf Kostenannahmen basiert, aufgrund der individuell unterschiedlichen Errichtungskosten für Mobilfunkstandorte in der Realität nicht umsetzbar.

Zusätzliche Einnahmen während und nach Ablauf der Zweckbindungsfrist sollten allein dem Anreiz für die Standortbetreiber dienen und nicht bei der Berechnung der Wirtschaftlichkeitslücke berücksichtigt werden. Standortbetreiber haben hohe Opportunitätskosten, da sie den Mobilfunkausbau für die Erfüllung der Versorgungsaufgaben der Mobilfunknetzbetreiber stemmen müssen. Geförderte Standorte entziehen dem „Lizenz-Ausbau“ also entsprechende Ressourcen. Umso wichtiger ist es, dass der geförderte Ausbau für die Standortbetreiber kein zusätzliches wirtschaftliches Risiko darstellt und die Perspektive zum wirtschaftlichen Betrieb der Standorte besteht. Dazu zählt insbesondere, dass sich ein Überlassungsentgelt nicht auf mehrere Nutzer an einem Standort aufteilt, sondern ein Standortbetreiber davon



profitiert, wenn er einen Standort an möglichst viele Mobilfunknetzbetreiber vermarktet. Dies gilt beispielsweise auch für Einnahmen aus der Vermietung an Dritte wie der BOS, die auch während der Zweckbindungsfrist frei verhandelbar sein sollten. Zudem muss die Vermarktung der Standorte nach Ablauf der Zweckbindungsfrist vollständig bei den Standortbetreibern liegen.

Fazit: Es gibt einen funktionierenden wettbewerblichen Markt für die Vermietung von Flächen an Mobilfunkmasten, der auch für geförderte Standorte nicht längerfristig außer Kraft gesetzt werden darf. Es muss sichergestellt werden, dass die vorgegebenen Überlassungsentgelte ausschließlich auf die siebenjährige Zweckbindungsfrist begrenzt sind.

IV. Anreize schaffen durch die Bereitstellung von Liegenschaften

Um eine breite Beteiligung der Standortbetreiber an dem Förderprogramm zu gewährleisten, müssen Anreize zur Teilnahme geschaffen werden, die die hohen Opportunitätskosten durch den parallel laufenden Regelausbau so weit wie möglich ausgleichen. Neben der Minimierung des wirtschaftlichen Risikos und der Möglichkeit, Gewinne mit den Standorten zu erzielen, müssen die erforderlichen Voraussetzungen bei den genutzten Flächen für die Mobilfunkstandorte geschaffen werden. Die Akquise von Flächen ist eine enorme Belastung für die Standortbetreiber, die parallel zum Regelausbau nur im beschränkten Maße durchgeführt werden kann. Daher sollten die Flächen, auf denen die geförderten Standorte gebaut werden, bei der Ausschreibung der Lose schon feststehen. Zudem müssen die Standorte langfristig vertraglich und preislich gesichert sein, damit die Standortbetreiber die Aussicht haben, die geförderten Standorte langfristig zu vermarkten. Dafür sind die Anmietkosten der Flächen zentral. Wie in der WIK-Studie dargelegt, stellen sie einen wesentlichen Kostenfaktor bei der Vermarktung der Flächen nach der Zweckbindungsfrist dar. Je geringer diese Kosten sind, umso größer ist also die Wahrscheinlichkeit, dass ein ausgeschriebener Standort langfristig wirtschaftlich betrieben werden kann. Daher sollten immer wenn möglich Flächen der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Kommunen) genutzt und den Standortbetreibern langfristig kostenlos zur Verfügung gestellt werden.